

Interpellation FDP-Fraktion:**«Wirksam gegen US-Zollwillkür: Absatzmärkte für St.Galler Produkte sichern**

Der US-Zollhammer trifft unsere Unternehmen und Arbeitsplätze mit voller Wucht. Betroffene Unternehmen sehen sich mit deutlich höheren Kosten für ihre Produkte auf dem US-Markt konfrontiert, was sie gegenüber Wettbewerbern aus Ländern mit niedrigeren Zollsätzen, etwa der EU oder dem Fürstentum Liechtenstein, sowie gegenüber Unternehmen mit Produktionsstandorten in den USA klar benachteiligt. Auch indirekte Exporte geraten unter Druck, da viele kleine und mittlere Unternehmen (KMU) Komponenten, Maschinen oder Spezialteile an grössere Schweizer oder europäische Exporteure liefern, deren Endprodukte in die USA verkauft werden. Besonders stark betroffen sind hochspezialisierte KMU, nicht nur börsennotierte Grossunternehmen.

Angesichts dieser Lage ist es für die Schweiz, den Kanton St.Gallen und die jeweiligen Unternehmen entscheidend, die Abhängigkeit von einzelnen Märkten zu reduzieren, bestehende Absatzmärkte zu sichern und neue Märkte zu erschliessen. Dabei spielen der EU-Binnenmarkt – Stichwort Bilaterale III – und bilaterale Abkommen mit Drittstaaten eine zentrale Rolle. Stabile und verlässliche Handelsbeziehungen sind für die Rechtssicherheit der Unternehmen, die Wettbewerbsfähigkeit der KMU und den Schutz von Arbeitsplätzen von zentraler Bedeutung.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Unter welchen Voraussetzungen können die europäischen Märkte von St.Galler Unternehmen besser bearbeitet, erschlossen und ausgebaut werden?
2. Mit welchen Ländern und Märkten erachtet die Regierung neue oder vertiefte Freihandels- bzw. bilaterale Abkommen als besonders relevant, um St.Galler Unternehmen bei der Diversifizierung und dem Ausbau ihrer Absatzmärkte zu unterstützen?
3. Wie beurteilt die Regierung den Stellenwert der bilateralen Beziehungen mit der EU im Vergleich zu Freihandelsabkommen für die Exportchancen der St.Galler Unternehmen?
4. Welche Erfahrungen hat das Fürstentum Liechtenstein in der Vergangenheit mit der dynamischen Rechtsübernahme gemacht?
5. Wie schätzt die Regierung den Streitbeilegungsmechanismus der Bilateralen III im Kontext der aktuellen machtpolitischen Spiele anderer Länder ein?
6. Ist die Regierung bereit, sich auf Bundesebene im Sinne der Rechtssicherheit und im Interesse der St.Galler Exportwirtschaft und Arbeitsplätze für eine Beschleunigung des Prozesses zur Weiterentwicklung der bilateralen Verträge mit der EU einzusetzen?»